

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Was kostet Europa jetzt schon seine Rüstung?

Der englische Philanthrop Sir Max Wächter berichtet, wie schon erwähnt, eine Prognose, England, Deutschland und der Rest der Europäer, in der er u. a. folgende, ihm vom englischen Kriegsministerium und vom Marineministerium zur Verfügung gestellte Ziffern über die Ausgaben Europas mitteilt:

Ausgaben Europas	
a) für das Landheer:	b) für die Marine:
Mill. M.	Mill. M.
England 1050	England 900
Deutschland 940	Deutschland 460
Frankreich 760	Frankreich 360
England 560	England 360
Oesterreich-Ungarn 460	Italien 180
Italien 340	Oesterreich-Ungarn 120
Andere Mächte 700	Andere Mächte 120
zusammen 4820	zusammen 2500

Die Wehrlast Europas macht also im Jahr 7320 Millionen Mark aus. Sir Max Wächter stellt die Frage: Was bedeutet diese Summe?, und er antwortet darauf:

Der Panamakanal wird, wenn vollendet, ungefähr 1600 Millionen Mark kosten. Europa gibt also für seine Kriegsrüstungen jährlich mehr als viermal soviel aus, wie die Kosten des gewaltigsten und teuersten Ingenieurunternehmens der Welt betragen. Wenn wir den Wert von Handelschiffen im Durchschnitt zu 300 Mark pro Tonne Brutto angeben, so beträgt der Wert der ganzen englischen Handelsflotte 5700 Millionen Mark, während der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt, die 40 Millionen Tonne umfassen, 12000 Millionen Mark beträgt. Die europäischen Staaten geben wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7320 Millionen Mark pro Jahr oder über 600 Millionen Mark pro Monat aus. Wir haben gesehen, dass alle zehn Monate eine Summe aus, die dem Wert der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und alle zwanzig Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt. Europa verwendet jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke als für Erziehung, Hygiene und alle anderen sozialen Zwecke zusammen. Außerdem machen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigertem Schnelleiten.

Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht bloß zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als vier Millionen der kräftigsten jungen Leute stehen in den Seeren und in den Marinen Europas unter Waffen, und mehr als eine Million Jünger sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderem Kriegsbedarf beschäftigt. In anderen Worten: mehr als fünf Millionen der kräftigsten Arbeiter, die in Landwirtschaft und Industrie zum Wohle der Völker tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen. Durch diese Entziehung von fünf Millionen der besten Arbeiter und von einer Million Arbeiter werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, die mehrere tausend Millionen Mark beträgt.

Da die Vereinigten Staaten, Argentinien und andere außer-europäische Länder verhältnismäßig nur wenig für Rüstungszwecke ausgeben und daher nur mit geringen Steuern belastet sind, so beklagen sich ihre Industrien überaus schnell aus, und der Arbeiter und die Fabriken Europas leiden arg unter der Konkurrenz der überreichen Länder, die nicht mit schweren militärischen Bürden belastet sind.

Genau dieselben Gedankengänge sind wiederholt auch von deutscher Seite, namentlich vom Hrn. Gothein, ausgeführt worden, und sie sprechen eine berechtigte Sprache. Man kann es daher verständlich finden, daß Max Wächter gegenüber diesen erschreckenden Ziffern zu dem Vorschlag eines europäischen Staatenbundes nach Art des Schweizer Bundes kommt, wo auch jeder Nation seine eigene Verfassung, seine eigene Regierung und sein eigenes Parlament hat. Eine solche Neuordnung hält allerdings auch er für unmöglich, solange wie bestehende Gegensätze zwischen den leitenden Völkern bestehen. Aus diesem Grunde ist Sir Max Wächter seit Jahren bemüht, die Widerstände zwischen Deutschland und England aus der Welt zu schaffen. Auch wer seinen letzten Zielen stetig gegenübersteht, wird doch seinen eifrigen Bemühungen und auf gegenseitige Verständigung hinarbeitenden Bestrebungen anerkennenden Dank sollen. In einem stimmen wir ihm jedenfalls uneingeschränkt zu, in dem Satz: „Die Gründe für ein herzliches Einvernehmen zwischen dem deutschen und dem englischen Volk sind einfach überwältigend.“

Die Einführung von einheitlichen Wahlurnen.

Am 25. April d. J. hat der Reichstag die Vorlage des Bundesrats über die Einführung einheitlicher Wahlurnen für die Reichstagswahlen angenommen. Bis her hatte der Reichstag der beiden gesetzgebenden Körperschaften selbständig immer noch keine Gesetzkraft erlangt. Endlich — es geht eben immer langsam bei uns, selbst wenn es sich um die kleinsten Reformen handelt — ist die Vorlage nun aber doch Gesetz geworden. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer die Bekanntmachung über die Aenderung des Wahlreglements vom 28. Mai 1870, die folgendermaßen lautet:

§ 11 Abs. 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzbl. S. 275) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1909 (Reichsgesetzbl. S. 202) erhält die nachstehende Fassung:

„An diesen Tisch wird ein verdecktes Geschäft (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß vierseitig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als zwei Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand danach zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.“

II. Abs. 4 der Anlage B zum Wahlreglement erhält die nachstehende Fassung:

„An den Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein vierseitiges Geschäft mit Deckel zum Hinein-

einlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne im Innern gemessen Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne Zentimeter betrug, und jählos die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schluß der Abstimmung nicht wieder geöffnet.“

Es ist bedauerlich, daß sich das Inkrafttreten des Gesetzes so lange verzögert hat — bedauerlich besonders im Hinblick auf die heutige Reichstagswahl in Walded-Pyrmonn, da der Wahlakt dort nun noch ohne die einheitlichen Wahlurnen vor sich gehen muß.

Sozialdemokratische Massenstreik-Propaganda.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei machen sich seit einiger Zeit Bestrebungen geltend, den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in verächtlicher Form aufzunehmen und auch vor dem Generalstreik nicht zurückzuschrecken. Gestern Abend ist dieser Plan zum ersten Male in einer Versammlung in Berlin-Wilmersdorf in aller Breite erörtert worden. Die Forderung bei dieser Aktion, die als höchst unbedenken und schädlich für die Wahlreformbestrebungen befaßt werden muß, haben ebenso merkwürdiger- als bedauerlicher-weise zum Teil die Revisionisten. So war einer der Hauptredner in der gestrigen Versammlung der Reichstagsabg. Dr. Ludwig Frank-Mannheim. Neben dem Verlauf der Versammlung wird uns drahlisch wie folgt berichtet:

r. Berlin, 10. Juni. In einer heute Abend in Wilmersdorf abgehaltenen, außerordentlich zahlreich besuchten sozialdemokratischen Versammlung sprach Reichstagsabg. Dr. Frank eingehend über das preussische Wahlrecht zum Landtag. Der Kampf um die Einführung eines Stimmzettels müsse jetzt, so führte der Redner aus, energischer als vordem aufgenommen werden. Das Volk müsse zeigen, daß es nicht Luft habe, Kette zu feiern und auf den Sportplätzen Surra zu schreiben, sondern es müsse nach Rechts streben. Mit der Aufklärungsarbeit in den Versammlungen sei es nicht genug, jetzt sei es an der Zeit, die Regierung zur Achtung des Volkswillens zu zwingen. Komme die Wahlrechtsreform jetzt nicht, so müsse es heißen: Her aus auf die Straßen! Die Berliner hätten seinerzeit einen guten Anfang gemacht und sollten nun, ungeachtet des Herrn v. Jagow, erneut diesen Weg beschreiten. Man dürfe auch vor einem Massenstreik nicht zurückschrecken. Das Volk müsse sich das gleiche, freie und geheime Wahlrecht erzwingen. (Stürmischer Beifall.) Für die Arbeitermassen müsse es heißen: hinaus aus den Fabriken und Werken! Die Arbeiter müssen so oft Not leiden, das es ihnen auch nicht schwer würde, einen längeren Generalstreik ins Werk zu setzen. Aber nicht bloß die Arbeiter, auch die Kaufleute und Handlungsgesellen müssten mitmachen und mitrufen: hinaus aus den Kontoren und Schreibstuben! (Wie irdisch! D. Red.) Desgleichen der ganze Mittelstand. Sie alle haben Vertrauen in die Regierung zu zeigen, daß sie den Wert öffentlicher Proteste gegen das elendeste Wahlrecht unterschätzen. Das Volk sei bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein auf das höchste gereizt. Das Dreiklassenwahlrecht sei der größte Anstoß im Land. Ihm müsse das Volk durch Massenarbeits-einstellungen den Krieg erklären. Zu

inzwischen Unterbrechungen

kam es, als in der Diskussion Frau Rosa Luxemburg das Wort ergriff. Sie wandte sich gegen die jüdischen Revisionisten. Wenn dieser Abend zu einer Session geworden sei, so erklärte sie, so sei er das nicht durch die Bereitwilligkeit der Versammlung zum Massenstreik, sondern durch die Stellung Dr. Frank's zu diesem Mittel geworden. Die Wahlen seien eingeleitet zu haben, daß der berühmte Großhändler zweifelhaft sei. (Stürmischer Beifall.) Sie sollten nun die Revisionisten jeben und dauernd auf dem Boden des Massenstreiks stehen bleiben. Der elandische Reichstagsabg. Weill bedauerte, daß diese Versammlung von Frau Luxemburg zu kleinlichen persönlichen Heberheiten benutzt worden sei. Er lehne es ab, über interne Parteiangelegenheiten mit ihr zu debattieren, müsse ihr aber sagen, daß für Süddeutschland mit seinen freibürgerlichen Rechten, die Anwendung einer anderen Taktil am Plage sei, als in dem rüchrichtlichen Preußen. Nach einer längeren Debatte sprach sich die Versammlung im Sinne des Referenten aus.

Jubiläumstagung des Hanfabundes.

(Über. Nachdruck verboten.) Hg. Berlin, 10. Juni.

Anlaßlich des 25-jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers hatte, wie bereits drahlisch kurz berichtet, der Hanfabund eine Sitzung des Gesamtausschusses auf den heutigen Dienstag nach Berlin einberufen. Nach einer einleitenden Ansprache und einem Hoch auf den Kaiser schloß der Präsident des Hanfabundes, Geheimrat Richter, die gemaltigen Fortschritte, die Deutschland auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in den letzten 25 Jahren gemacht hat und fuhr dann fort: Von einer Industrialisierung Deutschlands in dem Sinn kann nicht die Rede sein, daß wir zu einem reinen Industriestaat geworden sind. Der reine Agrarstaat allerdings ist glücklicherweise überholt. Er ist aber auch glücklicherweise nicht abgelöst worden durch einen reinen Industriestaat, der in keiner Weise für Deutschland förderlich, nützlich oder willkommen wäre, er ist abgelöst worden durch

einen Industrie- und Agrarstaat

mit vorwiegend industriellem Einschlag. (Zehr richtig!) In diesem Licht gesehen, bedeutet die Industrialisierung Deutschlands, die von unzeren Gegnern so viel angefeindet und als Ursache einer großen Zahl von Mängeln hingestellt wird, keinen Nachteil weder für die Gesamtwirtschaft noch für die Landwirtschaft (Bravo!), vielmehr glaube ich, daß gerade die Zusammenlegung der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands, wie wir sie jetzt haben, als eine erfreuliche und gesunde angesehen werden muß.

Unzere Gesamtwirtschaft zeigt, das muß und kann dem Gegner gegenüber festgestellt werden, unter der Herrschaft der Industrialisierung alles eher als hypofratrische Züge. (Beifall.) Die produktive Arbeit der sämtlichen erwerbenden Stände ohne Ausnahme, die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung, die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich wesentlich gehoben. Im notwendigen und natürlichen Zusammenhang aber mit dieser Tatsache hat sich in scharfem Gegensatz zu den unwahren gemeritischen Behauptungen gerade der innere Markt in den letzten 25 Jahren auf das kräftigste entwickelt. Der innere Markt hat sich in diesem Zeitraum kräftiger entwickelt als der Export. (Zehr wahr!) Was aber gerade die Landwirtschaft anbelangt, aus deren Reihen die beängstigten Vorwürfe gegen die Industrialisierung erschallen, so ist festzustellen, daß unter der Herr-

schaft der Industrialisierung die deutsche Landwirtschaft nicht nur nicht zurückgegangen, sondern im größten Maße vorwärts gegangen ist. (Stürmische Zustimmung.) Ihre Leistungsfähigkeit und Rentabilität ist gewachsen. Wenn aber geklagt wird über den zweifellos gegen früher vorhandenen starken Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung, so darf nicht vergessen werden, daß die Ziffer von 17 1/2 Millionen, die bei uns in der Landwirtschaft Lohn und Brot finden, nur noch von Rußland und den Vereinigten Staaten übertroffen wird. (Hört! hört!) Einer weiteren günstigen Entwicklung unserer Industrie, unseres Handels und Wohlstands stehen nicht nur Schmierarbeiten im Ausland im Wege, sondern auch im Innern, die wir überwinden müssen. (Beifall.) Unsere Zukunft ist nur gesichert, wenn es gelingt, den extremen Kräfte, die die Recht und Privilegien des Großgrundbesitzers höher als die gesunde Entwicklung der Gesamtwirtschaft, also höher als das Gemeinwohl schätzen, ein Paroli zu bieten. (Stürm. Beifall.) Diese extremen Elemente sind es, welche jedem gesunden Fortschritt, wie er bei der modernen Entwicklung als selbstverständlich erscheinen möchte, ein glattes Bein immer entgegenzusetzen, wenn er ihre Machtstellung im Staate bedroht. (Zehr richtig!) Nicht zutreiben damit, alle einflussreichen Stellen im Staat, am Hof, in den Kreisen der inneren Verwaltung, der Kirchen- und Gutspolizei zu befragen, nicht zutreiben damit, lehren sie es ab, die Hand zu einer ertauschten Fortentwicklung des auch für Deutschland wichtigen

preussischen Wahlrechts

zu bieten (Leb. Zehr wahr!), das in seiner heutigen Gestalt unerträglich und lediglich ein Mittel ist, um alle wirtschaftlich Abhängigen von der Wahlurne fernzuhalten. (Wiederholte Leb. Zehr.) Hier durch Erziehung des geheimen und direkten Wahlrechts und durch eine den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und Anforderungen unserer Stände entsprechende Neuerteilung der Wahlkreise Abhilfe zu schaffen, ist nicht etwa nur das Recht, es ist die Pflicht der Regierung; es ist ein nobile officium des Königs, der eine solche organische Fortbildung des Wahlrechts in feierlicher Form bereits vorhergehen hat. Neben dieser notwendigen Aenderung ist die Einführung eines gesetzlichen Rechts von Gewerbe, Handel und Industrie auf eine angemessene Zahl von Sitzen im preussischen Herrenhause und in den anderen ersten Kammern nur eine verschwindend kleine Verbesserung des heutigen Zustandes. Aber auch sie würde als ein geeignetes Jubiläumsgeschenk des Königs an sein Volk in unzeren Kreisen dankbar aufgenommen werden. (Beifall und Hurra. Beifall.) Der bei weitem wichtigste Kampf um das direkte und geheime Wahlrecht in Preußen muß von jedem aufgenommen und fortgeführt werden, der mit uns überzeugt ist, das ein modernes Staatswesen, zu welchem wir unter dem heutigen Wahlssystem in Preußen nicht gelangen können, alle vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kräfte für sich fruchtbar machen muß — alle ohne Unterschied. (Stürm. Beifall.) Vor der Erreichung dieses Ziels ist der innere Friede, der uns so dringend notwendig ist und nach dem wahrlich auch wir in erster Linie uns kehnen, nicht möglich. (Beifall.) Es ist bedauerlich, daß noch immer rein egoistische Interessen zu maßlosen einseitigen Forderungen führen, daß sie noch immer führen zur Verwerfung dringend notwendiger Fortschritte. Wer in diesem Kampf für Fortschritte auf allen Gebieten nicht auf unserer Seite steht, wer uns verläßt und zu dem Gegner übergeht aus tattischen, politischen, egoistischen, gesellschaftlichen oder Koudenzinteressen oder um nach der einen oder anderen Seite nicht anzustößen (Beifall und Heiterkeit), aber um sich nicht unbeliebt zu machen, der hat vielleicht für sein eigenes Interesse gut geforgt, aber nicht für die Interessen, für welche wir zu sorgen und für welche wir Rechenschaft zu geben haben, für die Interessen unserer Berufsangehörigen und unseres Vaterlandes. (Großer Beifall.) Mit dieser Genügnung glauben wir am besten das Regierungsjubiläum des Kaisers zu feiern und am besten den wahren Interessen des Vaterlandes zu dienen. (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Hierauf erstattete der Geschäftsführer des Hanfabundes, der Altesor Dr. Alcefeld, den Geschäftsbericht. Dann wurde über die Wehr- und Deckungsvorlagen

beraten. Zunächst machte Reichstagsabg. Frhr. v. Richtigere längere Ausführungen. Als zweiter Redner sprach Syndikus Dr. Streifermann, der die Steuervorschläge der Regierung und die Weisfälle der Reichstagskommission im einzelnen erläuterte.

Dem Erbrecht des Staates siehe der Hanfabund, an sich inkompatibel gegenüber. Aber die Regierungsvorlage, die auch das Verbandsverhältnis zwischen Reffen und Enkel ignoriert, geht zu weit. Zu verwerfen ist auch die Erhöhung der Stempelabgaben vor allem im Interesse des Hausbesitzes und der Lebensversicherungen des Mittelstandes. (Zustimmung.) Die Verneuerung des Vermögens der großen Kirchengemeinschaften soll sich nach einer Behauptung des Reichstagssekretärs Mühs wegen zu geringen Ertrages nicht lobnen. (Hört! hört!) Das müßte doch erst einmal ziffernmäßig belegt werden. (Zehr richtig!) Erfreulicherweise ist eine Berliner evangelische Synode mit der Forderung vorangegangen, mit beitragen zu dürfen zum Wehrbeitrag. Am Jubiläumsjahr 1913 muß daran erinnert werden, daß 1813 katholische und evangelische Kirchengemeinden dem Staat zur Verfügung stellten, was sie einbringen konnten. Inwiefern das Kirchenvermögen charitativen Zwecken dient, muß auch erst einmal bewiesen werden. (Zehr richtig!) Diese charitativen Zwecke könnten ja ausgenommen werden, obwohl zweifelhaft ist, ob man bei der Industrie die Fonds für die Wohlthat der Arbeiter und Angehörigen freilassen wird. (Zehr richtig!) Ein solcher Verzicht auf Einnahmen angeblich wegen zu geringen Ertrages berührt um so eigentümlicher, als man auf der anderen Seite bei den landwirtschaftlichen Grundstücken den Ertrag dadurch vermindert hat, daß man an Stelle des Stiches den 20fachen Ertragswert zur Grundlage nahm. Die beste Steuer für die Deckung der laufenden Ausgaben ist die Erbanfallsteuer. Wenn wir sie haben, brauchen wir nicht bei jeder Ausbringung neuer Mittel auf die Steuerfische zu geben. Und das ist die Hauptfische, denn Handel, Gewerbe und Industrie brauchen vor allem Stetigkeit und stabile Einrichtungen. (Beifall.)

An das Referat schloß sich eine

Diskussion.

Stadiv. Salinger-Schöneberg: Die Weisfälle der Reichstagskommission über die Besteuerung der landwirtschaftlich benutzten Grundstücke zeigen wieder einmal, mit welchem Maße gemessen wird. Sie sind die denkbar größte Ungerechtfährigkeit. (Zustimmung.) — Altesor Leeefeld-Berlin: Bei der Erbanfallsteuer darf es kein Kompromiß und kein Entgegenkommen geben. Die brennendste Frage des Augenblicks ist der Wehrbeitrag. Die Weisfälle der Reichstagskommission sind ein Hin- und Herpendeln zwischen Agrarismus und Sozialismus, und die leitende Hand fehlt. Der Regierungsentwurf war besser als die Weisfälle der Kommission. (Zehr richtig!) Ich vermittele in den Kommissionsberatungen ein energisches Eintreten für die Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie. (Zustimm.) — Deter-Breslau: Die Kommissionsbeschlüsse widersprechen in vieler Beziehung den Weisfällen unseres Direktoriums. Wie sollten in einer Resolution die Abgeordneten, die sich vor der Wahl zu den Nichtwählern unseres Hanfabundes bekannt haben, auf diese Widersprüche aufmerksam machen. (Zustimmung.) — Geheimrat Richter: Es ist das beste, wenn wir dem Präsidium es überlassen, diese Abweichungen festzustellen, und sie sobald als möglich zur Kenntnis der Reichstagsabgeordneten zu bringen. (Beifall.) Wegen die Weisfälle des Direkt-